Lord Ralf Dahrendorf

Rede zum 40-jährigen Bestehen des WZB, 17. Februar 2009

Hochverehrter Herr Bundespräsident, verehrte Parlamentspräsidenten, liebe Frau Ministerin Schavan, liebe Frau Allmendinger, meine sehr verehrten Damen und Herren!

40 Jahre Wissenschaftszentrum Berlin, da geht die Erinnerung zurück an eine Zeit, in der nicht nur Politik und Gesellschaft, sondern auch die Sozialwissenschaft ganz anderen Sternen folgte, als sie heute die Welt regieren. Nach der Zeit der mörderischen Ideologen, stand uns damals Jungen der Sinn nicht nach Derivaten und strukturierten Finanzprodukten, auch nicht nach der Wissens- oder Konsumgesellschaft, sondern nach den harten Realitäten der industriellen Produktion. So wurden wir in den 1950er Jahren fast alle zu Industriesoziologen. Wir wollten wissen, was Sache ist, und fanden die Erfahrungswissenschaft von der Gesellschaft dabei hilfreich und aufregend. Angesichts einer tief veränderten Welt kam es vor allem darauf an, diese, und sei es auch verschieden, zu interpretieren.

Erst in den 1960er Jahren veränderte sich die Perspektive. Nach der Zeit des Aufbaus betrat ein neues Wort die Szene des öffentlichen Diskurses, das Wort „Reform". Die Reformen der Zeit hatten viele Facetten, denen indes eines gemeinsam war: Sie waren nicht mehr unbeabsichtigte Nebenwirkungen des Aufbaus, sondern geplante, wohlbedachte Veränderungen durch Regierungen und Politiker. Willy Brandt hat das später in seiner ersten Regierungserklärung vom Oktober 1969 in Worte gefasst. Aber geschehen ist es früher, in den vom Symboljahr 1968 verdrängten, tatsächlich aber entscheidenden frühen 1960er Jahren. Planung hieß damals, dass Wissenschaft und Politik zusammenrückten. Und zwar vor allem Sozialwissenschaft und Politik. Die Bildungsreform liefert ein eindringliches Beispiel. In der OECD, der aus dem Marshallplan geborenen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hatten unorthodoxe und originelle Mitarbeiter eine Abteilung für Bildungsökonomie gegründet. Wenn wir nicht die Fähigkeiten aller Menschen ausschöpfen, so wurde argumentiert, schadet das dem Wirtschaftswachstum. In Deutschland dramatisierte Georg Picht diese These mit seinem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe". Ich war damals nicht von den bildungsökonomischen Argumenten überzeugt, und hielt ihnen die These von der Bildung als Bürgerrecht entgegen. Das Ergebnis war jedoch dasselbe, nämlich die Forderung nach der massiven Expansion des weiterführenden Bildungswesens, insbesondere der Gymnasien und der Hochschulen. Das war die Zielsetzung. Aber wie sie realisieren?
Hier kam die Sozialwissenschaft ins Spiel. Am Tübinger Soziologischen Seminar, das ich hier nur als Beispiel nehme, von denen es auch manche andere gab, hatten wir Forschungen zur Erklärung der Ungleichheit der Bildungschancen angesetzt. In einem Festvortrag an der Universität im Frühjahr 1964, zu dem auch der gerade wiedergewählte Baden-Württembergische Ministerpräsident Kiesinger erschien, hatte ich darüber unter dem Titel „Arbeiterkinder an deutschen Universitäten" berichtet. Es ist nicht das fehlende Geld, das Arbeiterkinder am Weg zum Gymnasium und zur Hochschule hindert, so das Argument in äußerst verkürzter Form, sondern das, was man heute „Bildungsferne" nennt, also die Fremdheit der höheren Schulen für Arbeiterfamilien. Andere Untersuchungen zeigten ähnliche Phänomene für Landkinder, für katholische Kinder und vor allem für Mädchen auf. Der Ministerpräsident nahm den Kern der Befunde in seine bevorstehende zweite Regierungserklärung auf und versprach entschiedenes Handeln. Das alles geschah wie gesagt im Jahr 1964.
Das Handeln nahm eine Mehrzahl von Formen an. Die Initiative „Student aufs Land" war nur ein Teil eines umfassenden Prozesses der Bildungswerbung. Besondere Aufmerksamkeit galt

dem vorzeitigen Abgang vom Gymnasium. Lehrer und Kultusverwaltung widmeten dem Thema ihre Aufmerksamkeit. Ein neuer Kultusminister richtete eine Planungsabteilung ein. Für einige Monate arbeitete ich gemeinsam mit meinem Freund und Kollegen Hansgert Peisert im Ministerium an einem Hochschulgesamtplan. Dieser Plan sah übrigens eine Strukturierung des Studiums vor, die dann fast 40 Jahre später unter dem Namen Bologna in zum Verwechseln ähnlicher Form realisiert wurde. Das war ein Beispiel von mehreren, die in den frühen und mittleren 60er Jahren Forschung und Praxis bestimmten.

Noch in der Zeit der Gründung des Wissenschaftszentrums Berlin war der Zeitgeist der Verbindung von Wissenschaft und Politik wohl gesonnen. Das äußerte sich auch im direkten Kontakt der Forschenden mit den Handelnden. Wir Wissenschaftler kannten die Empfindlichkeiten noch nicht, die heute manche Professoren daran hindern, mit Politikern direkt und unbefangen umzugehen. Das „noch nicht“ in dieser Aussage ist mit Absicht gesagt. Seit jenen 1960er Jahren hat sich vieles am Verhältnis von Wissenschaft und Politik geändert. Manches, das damals Sozialwissenschaft war, ist heute Alltagsinformation. Es waren neben den Sozialwissenschaftlern in Mannheim vor allem Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin, die die Sozialberichterstattung erfanden und entwickelten. Und bin sehr froh, meinen alten Freund und Kollegen Wolfgang Zapf, der an beiden beteiligt war, hier heute zu sehen. Was aber damals originelle Forschung war, kann man heute vielfach im Statistischen Jahrbuch nachschlagen, oder doch in den Berichten von privaten oder öffentlichen Instituten.

Zwei Folgen solcher Entwicklungen sind bemerkenswert: Die eine ist, dass es heute genügend Politiker gibt, die ohne professoralen Rat Materialien auftun können, die ihnen bei ihren Initiativen helfen. Zumindest haben sie Assistenten, die das können, und die selbst bald Kandidaten für politische Ämter sein werden. Die andere Folge betrifft die Sozialwissenschaften. Schon weil diese selbst eine solche Expansion erfahren haben, neigen ihre Adepten mehr und mehr dazu, sich in erster Linie an ihre Kollegen, ihre scientific community, zu wenden. Das tun sie zudem mit Forschungen, die zwar auf im weiten Sinne politische Motive zurückgehen, aber doch eher als Grundlagenforschungen verstanden sein wollen. So entsteht eine neue Lücke der Fremdheit zwischen Wissenschaft und Politik, die beide Seiten im Interesse ihrer Identität, fast hätte ich gesagt ihrer Alleinstellungsmerkmale, pflegen.

Um zu verstehen, was das bedeuten kann, lade ich Sie ein, mit mir einen großen Sprung zu machen, nämlich den in die unmittelbare Gegenwart, und damit in das Verhältnis von Sozialwissenschaft und Gesellschaft. Das Thema ist von brennender Aktualität. Die große Krise, die 2007, 2008 begann, wurde als Finanzkrise sicher unzulänglich beschrieben. Selbst Wirtschaftskrise ist kein zureichendes Etikett. Auch wenn man sich vor apokalyptischen Vokabeln zu schützen sucht, kann man kaum umhin, einen Einbruch in Strukturen und Mentalitäten von Wirtschaft und Gesellschaft zu konstatieren. Dass die Bankiers an allem schuld sind, reicht da als Erklärung nicht hin. Und so wichtig die Forderung nach einer Beschränkung von Bonuszahlungen oder auch nach neuen Regeln für das Finanzsystem sein mag, verlangen Ursachen, Wirkungen und auch Abhilfen doch nach einer weiteren Perspektive, den Weg vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus, also von der protestantischen Ethik zum kreditfinanzierten Konsumgenuss, haben manche von uns schon vor drei Jahrzehnten mit durchaus skeptischen Analysen begleitet. Man kann die Erklärung der gegenwärtigen Krise an mancherlei Ecken beginnen, und es schadet nichts, dies an mehreren gleichzeitig zu tun. Mir geht es hier um das Verhältnis von Sozialwissenschaft und Gesellschaft. Ich beginne daher mit der Beobachtung, die weiterführen kann zu Erklärungen und Rezepten, und die es zu tun hat mit der Verantwortung der Entscheidungsträger, und vor

allem damit, dass diese selbst, die Verantwortung der Entscheidungsträger, wenn das Bild nicht zu gewagt ist, zum Derivat geworden ist.

Führende in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft haben sich mehr und mehr von denen, für die sie Verantwortung tragen, entfernt. So wie Derivate in der Finanzwelt von realen Werten zunehmend abgehoben sind, sind es auch Verantwortungsträger in der sozialen Welt. Mir fiel das Phänomen zuerst auf, als ich eine alte Bekannte traf, die nach ihrer politischen Karriere in eine Firma von Headhunters, also von Stellenvermittlern für Führungskräfte, eingetreten war. Sie erzählte mir, dass sie einen Vice Chancellor, einen Rektor, für eine angesehene Universität suche. Nicht die Universität selbst ging auf die Suche, und gab dabei als nützliche Nebenwirkung den Mitgliedern der entsprechenden Kommission Einsichten in das Funktionieren der Institution, sondern eine Firma, die als nächstes, für viel Geld, versteht sich, den Finanzchef eines Verkehrsunternehmens oder den Präsidenten eines Sportvereins suchen würde. Kann man sich wundern, dass der oder die Ausgewählte sich nicht ihren Mitarbeitern verantwortlich fühlt, sondern in einer eigenen, eben derivierten Welt lebt? Da kommen Managergehälter ins Spiel. Ein Bankdirektor, der laut Zeitungsberichten im abgelaufenen Jahr viele Millionen Euro verdient oder jedenfalls erhalten hatte, wollte dies einem Freund und mir erklären. Er begann mit dem herrlichen, von aller Ironie unberührten Satz, „was mich betrifft, so wäre die Hälfte auch genug gewesen“. Das zuständige Gremium des Aufsichtsrats habe aber befunden, dass es ein schlechtes Licht auf das Unternehmen werfen würde, wenn der Vorstandsvorsitzende weniger Geld bekäme als seine Kollegen in anderen, allenfalls vergleichbaren Unternehmen. Auch wer auf Ungleichheiten nicht sonderlich empfindlich reagiert, muss die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Spitzeneinkommen und Normaleinkommen mit einigem Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Auf diese Weise entstehen zwei Welten, die durch keinerlei Erfahrung mehr zusammengehalten werden. Auch tritt bei den Führenden ein gewisser Realitätsverlust ein. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln, so erzählte der zitierte Bankdirektor, könne er jetzt nicht mehr fahren.

Was müsste geschehen, um die Folgen einer solchen Entwicklung zu korrigieren? Wie können abgehobene Führungsgruppen wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt werden? Da sind sicherlich neue Regeln am Platze, zu denen auch eine Obergrenze für Bonuszahlungen gehören mag. Alles, was den Sinn für längere Fristen stärkt, ist nützlich. Das gilt vom short selling über den Bezugszeitraum für Managereinkommen bis zu der Natur der Verträge, die mit Führenden abgeschlossen werden. Verantwortung hat immer etwas mit Zeitperspektiven zu tun. Je kürzer diese werden, desto geringer ist die innere Verpflichtung der Führenden. Zudem ist der Begriff der Stakeholder zu unrecht in Misskredit geraten. Die Verantwortung der Führenden fängt mit den Aufsichtsgremien erst an, und hört mit den Beschäftigten von Unternehmen und Organisationen noch längst nicht auf. Neue Regeln können also in gewissem Maße Abhilfe schaffen, angesichts der abgehobenen Stellung der Führenden. Indes sind selbst solche Regeln eher Wegweiser als Wege. Sie zeigen die Richtung an, in die wir gehen müssen, um Veränderung herbeizuführen. Die Veränderung selbst verlangt indes vor allem neue Einstellungen, Korrekturen der Mentalität der Beteiligten, vielleicht sogar einen Wandel des Zeitgeistes. Um mit einem neuen Verantwortungssinn der Führenden neues Vertrauen zu schaffen, müssen Beschäftigte ihre Rechte einfordern, Aktionäre ihre Aufgabe ernst nehmen, Personen des öffentlichen Lebens Beispiele setzen. Das verlangt eine neue Grundstimmung, einen Weg vom derivierten zum neu angekoppelten Kapitalismus der Verantwortung.

Bleibt die Frage, was solche Veränderungen mit Wissenschaft und Gesellschaft zu tun haben. Nicht ohne Zögern antworte ich darauf mit einer Schlussbemerkung, für die ich zumal bei den Wissenschaftlern unter Ihnen wohl nur mäßige Zustimmung finden werde. Das ist ein

Plädoyer nicht nur für eine öffentliche Wissenschaft, sondern auch für die Rolle von Sozialwissenschaftlern als öffentlichen Intellektuellen. Die gegenwärtige Krise hat die Mehrzahl der einschlägigen Wissenschaftler überrascht. Man konnte es nicht vorhersehen, beteuern manche Ökonomen. Ich zitiere nur ungern Hegel mit Zustimmung, aber es kommt einem doch sein Wort in den Sinn, dass die Eule der Minerva erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug beginnt. Erst mit der Abenddämmerung, wenn sich die Dinge des Tages ereignet haben, beginnt die Wissenschaft ihr Werk. Indes ist die Dämmerung jetzt nahe genug, und es ist daher richtig, wenn kluge Geister, Sozialwissenschaftler, sich mit dem Thema der Krise beschäftigen. Vielleicht kommen sie zu dem Schluss, dass die Frage der abgehobenen Führungsgruppen und ihrer Verantwortung einer neuen Antwort bedarf. Was ist in diesem Fall zu tun? Spezifische Maßnahmen, oft nicht nur mit praktischer, sondern auch mit symbolischer Bedeutung, stehen zunächst im Vordergrund. Darüber hinaus aber ist eine breite öffentliche Diskussion vonnöten, die auf eine Änderung der vorherrschenden Mentalitäten zielt. Diese Diskussion kann und sollte angeregt werden durch Wissenschaftler, die die nötige Wende des Zeitgeistes mit nachdenklichen Argumenten und Ergebnissen ihrer Forschung fördern. Das Wort Wissenschaftler bedarf dabei einer Korrektur. Sie sollten sich nämlich als Vermittler zwischen Wissenschaft und Politik betätigen, also als öffentliche Intellektuelle. Dazu sind weniger die Fachzeitschriften als die allgemeinen Medien hilfreich. Vor allem aber müssen öffentliche Intellektuelle die Berührungsängste ablegen, die sie am öffentlichen Wirken in die Gesellschaft hinein hindern.

Mein Wunsch zum 40. Geburtstag des Wissenschaftszentrums Berlin ist also: Möge es blühen und gedeihen in der Offenheit für jene wirkliche Welt, die wiederzuentdecken heute unsere Aufgabe ist. Die Rückkehr zu den Ursprüngen, den Erfahrungen und Hoffnungen der Zeit der Gründung ist dabei nicht der schlechteste Ratgeber.